

# WERKSTATT Frieden & Solidarität



*für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich*

Linz: Waltherstraße 15b, 4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, office@werkstatt.or.at, Internet www.werkstatt.or.at  
Wien: Rosensteingasse 69/6, 1070 Wien, wien@werkstatt.or.at; Salzburg: salzburg@werkstatt.or.at

Seite 6  
Nein zur  
Privatisierung der Post

## Nein zum Europa der Konzerne und Generäle!

### Für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich!

Aus dem Inhalt:

EU-Schlachtgruppen:  
„Archaische Kämpfer“

Bundesheer: Heute der  
Balkan und morgen die  
ganze Welt?

Österreich: Verdoppelung  
der Rüstungsausgaben

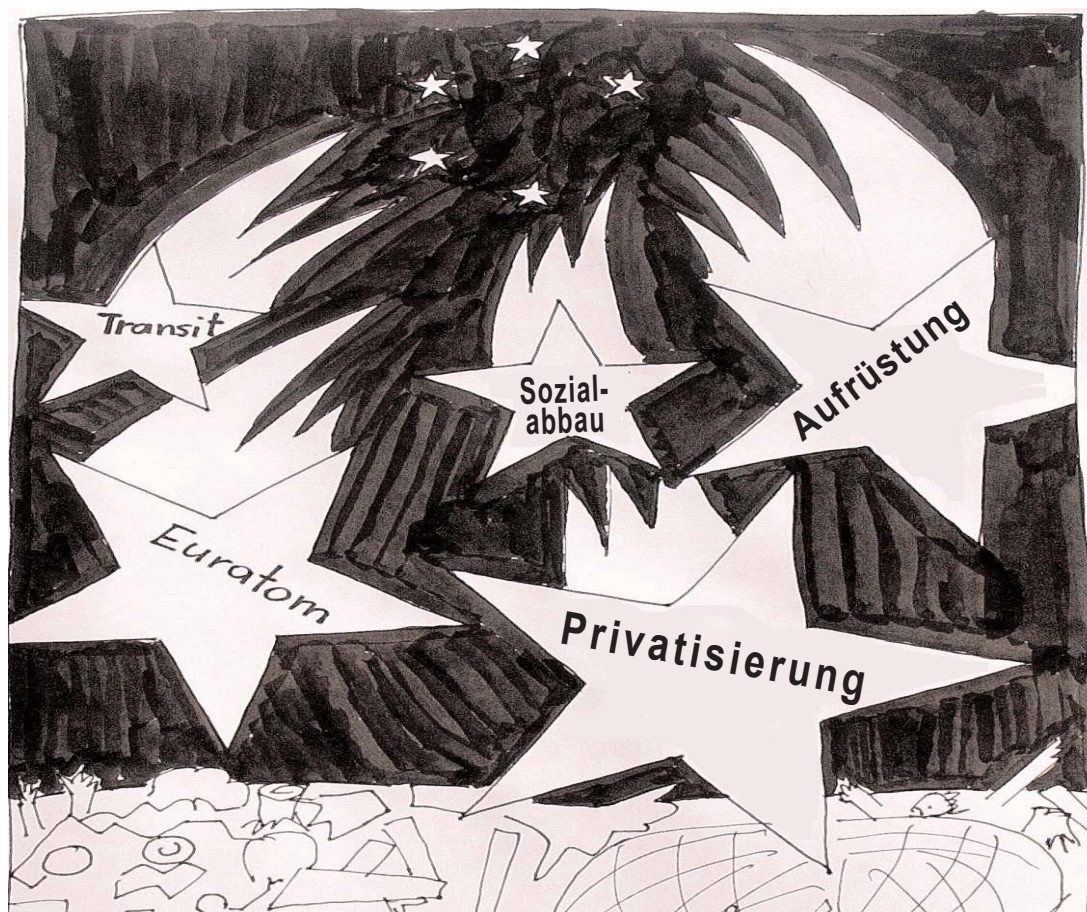
11 Jahre EU-Mitglied-  
schaft Österreichs - Die  
etwas andere Bilanz

Europa der Konzerne &  
Generäle: die aktuellen  
Projekte

Petition gegen die  
Post-Privatisierung

Aufruf der Werkstatt  
Frieden & Solidarität

Aktionstermine



Aktiv werden gegen den Krieg, bevor er beginnt

**Neutralität und aktive Friedenspolitik statt Kumpanei bei der  
Kriegsvorbereitung gegen den Iran!**

Unterschriftenaktion der Werkstatt Frieden & Solidarität auf [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

**Günter Reder**  
(Vorsitzender der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz)



### Solidarität statt Kumpaneil!

Die österreichische Neutralität gerät in Widerspruch zum Militarisierungskurs der EU. Sozialstandards und öffentliches Eigentum geraten in Widerspruch zu den EU-Binnenmarkt-Regeln und EU-Liberalisierungs-Richtlinien. Demokratische Standards werden auf nationalstaatlicher Ebene ausgehebelt, ohne auf EU-Ebene eingeführt zu werden usw. Dies alles ist nicht Ausdruck einer „falschen“ Entwicklung der EU, sondern deren Sinn und Zweck. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten können damit ihre militaristische und neoliberale Politik in einem „Doppel-Mühlespiel“ durchpeitschen und so schrittweise nationalstaatliche Errungenschaften beseitigen.

Die Gegenstrategie kann daher nicht lauten, „Wunschzettel“ nach Brüssel zu schicken, sondern darum zu ringen, die EU-Zwangsjacken abzulegen, und die eigene Regierung ins Visier zu nehmen: Gegen die Teilnahme Österreichs an der EU-Interventionsgruppe und den EU-Schlachtgruppen! Gegen die Teilnahme Österreichs an der EU-Aufrüstungszentrale Europäische „Verteidigungs“agentur! Gegen die Privatisierung der österreichischen Post! Für Neutralität und öffentliches Eigentum! Erst dadurch kann auch der Weg zu einem wirklichen Internationalismus freigeschaufelt werden, der sich mit den armen Ländern des Südens solidarisiert, anstatt sich in der EU-Kumpaneil mit den reichen Ländern des Nordens zu üben.



### EU-Schlachtgruppen („Battle-Groups“)

### „Archaischer Kämpfer und Kolonialkrieger“

Alle Parlamentsparteien haben sich darauf geeinigt, dass sich österreichische Truppen unter deutschem Kommando an einer EU-Schlachtgruppe („Battle-Group“) beteiligen sollen. Mit der Neutralität ist das absolut unvereinbar. Denn diese Battle-Groups sind Kampftruppen für härteste Einsätze. Bei der deutschen Bundeswehr werden für diese Einheiten bereits die Kampfeinsätze der USA im irakischen Falludscha als Vorbild

studiert. Der Inspekteur des deutschen Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde, charakterisiert den neuen Soldatentypus dieser - im wahrsten Sinn des Wortes - Schlachtgruppen: *„Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger ...“*

(Die Welt, 29.2.2004)

Die „geographischen Prioritäten“ des Bundesheeres

### Heute der Balkan und morgen die ganze Welt?

Die geographischen Prioritäten des österreichischen Bundesheeres resultieren aus Europas politischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen:

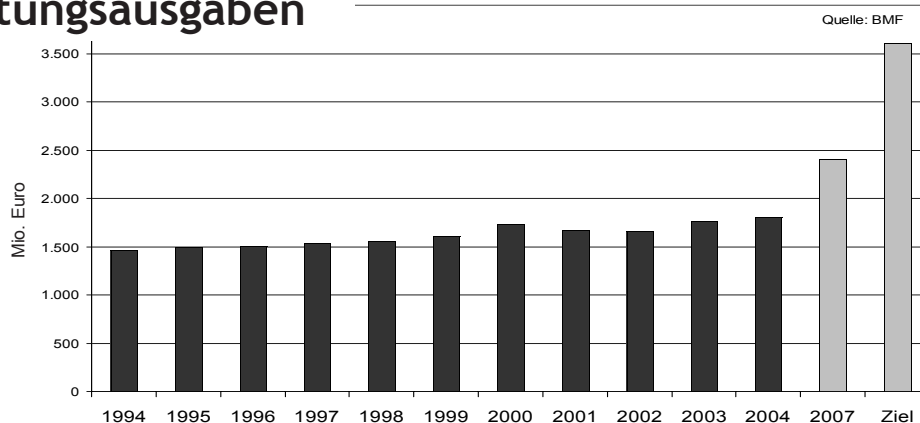
- Süd-Ost-Europa (Westbalkan)
- Der unmittelbare Gürtel um die EU: Näherer und Mittlerer Osten (mit steigender Bedeutung des Mittleren Ostens), Osteuropa (auch außerhalb der europäischen Grenzen, einschließlich des Kaukasus), Nord- und Zentralafrika
- Der entferntere Gürtel der EU: Zentralasien und die verbleibenden Gebiete Afrikas

Quelle: Truppendienst 1/2006 (Hg.: Bundesministerium für Landesverteidigung)

### Verdoppelung der Rüstungsausgaben

Auf der Web-Page des Bundesheeres ist es schwarz auf weiß nachzulesen: Ziel des Verteidigungsministeriums ist *„die schrittweise Anhebung des Verteidigungsbudgets auf EU-Standard“*. Der bewegt sich bei rd. 2 % des BIP. Das bedeutet für Österreich eine glatte Verdoppelung der Militärausgaben. Eine Studie des BMLV sieht bereits ab 2007 eine 30 %ige Steigerung gegenüber 2004 vor. Grund: Eurofighter-Ankauf und Vorbereitung des Bundesheeres auf Auslandseinsätze.

Quelle: www.bundesheer.at



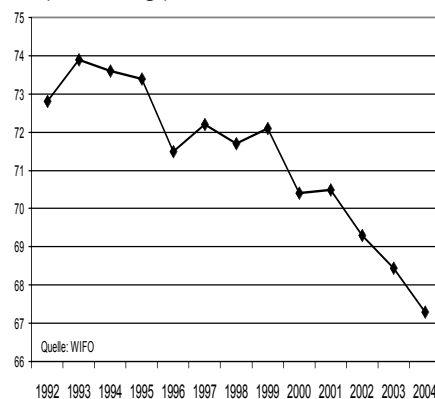
# 11 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs

## Die etwas andere Bilanz

### Umverteilung von Arbeit zu Kapital

- Seit Mitte der 90er-Jahre geht die **Lohnquote** (der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen) **stetig zurück**.
- Die **Gewinne** sind in diesem Zeitraum doppelt so rasch **gewachsen** wie die Lohn- und Gehaltseinkommen.
- Besonders stark haben die unteren Segmente der ArbeitnehmerInnen verloren: Das **untere Quartileinkommen** der ArbeiterInnen (d. h. das ärmste Viertel verdient weniger) ist von 1997 bis 2003 real um mehr als 20 % **gesunken**.
- **Anstieg der** realen durchschnittlichen **Wochenarbeitszeit** von 41,3 Stunden (1995) auf 44,8 Stunden (2004).

**Lohnquote - Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen**  
(unbereinigt), Österreich 1992 - 2004



### Armut und Arbeitslosigkeit wachsen - Sozial- und Bildungsabbau

- Die **Zahl der SozialhilfebezieherInnen** ist von 69.360 (1996) auf 105.000 (2004) **gestiegen**. Von 2000 bis 2003 hat sich die **Zahl der akut Armen** um 58 % auf 460.000 **gesteigert**. Die **Zahl der armutsgefährdeten Menschen** ist auf über eine Million **angestiegen**.
- Die **Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen** ist von 674.000 (1994) auf 778.431 (2004) **angestiegen**.
- **PensionistInnen:** Gemäß den Vorgaben des EU-Lissabon-Ziels 2010 hat die schwarzblaue Regierung ein Programm des Pensionskahlenschlags beschlossen, das ein Minus von 12 % für jene bedeutet, die in den nächsten Jahren in Pension gehen. Jetzt unter 35-jährige werden bis zu 40 % verlieren.
- **Studierende:** Abschaffung der Familienbeihilfe und Freifahrten, Einführung von Studiengebühren und schließlich auch - als Folge eines EuGH-Urteils - die endgültige Beseitigung des freien Hochschulzugangs.

### Umwelt - Transitexplosion und Atomförderung

- Aufgrund seiner **Mitgliedschaft bei EURATOM** zahlt das „Anti-Atom-Land“ Österreich jährlich rund 40 Millionen Euro in die Kassen der EU-Atomwirtschaft.
- Der **Straßengütertransport am Brenner** hat sich zwischen 1994 und 2004 auf knapp 30 Millionen Tonnen **fast verdoppelt**.
- Mit der Totalliberalisierung des Eisenbahnverkehrs (3. Eisenbahnpaket der EU) drohen massive **Streckenstilllegungen** im regionalen Schienenverkehr.

### Aushöhlung der Neutralität, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

- Novellierung des **Artikel 23f der Bundesverfassung**, der die Teilnahme Österreichs an EU-Kriegen - weltweit und ohne UN-Mandat - ermöglicht.
- Beteiligung an **EU-Interventionstruppe** und **EU-Schlachtgruppen**
- **Kriegsmaterialgesetz:** Aus-, Ein- und Durchfuhr von Kriegsgerät auch ohne UN-Mandat
- Größtes Rüstungsprojekt der 2. Republik: **Ankauf von 18 Eurofightern** für Militäreinsätze im Rahmen der EU-Armee „bis hinunter nach Afrika“ (Streitkräftekommandant Günter Höfler). Die Gesamtkosten dieses Projekts verschlingen die Studiengebühren der nächsten 50 (!) Jahre. Um dieses Geld könnten im selben Zeitraum jährlich 22.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze angeboten werden.

**Elke Renner**

(Werkstatt Frieden & Solidarität, Wien)



### Gegen Sozial- und Bildungsabbau!

Der Umverteilung in der österreichischen Gesellschaft von unten nach oben entspricht in der Bildung die Verstärkung der Chancengleichheit. Misere der Pflichtschule, krankgesparte öffentliche Einrichtungen, aber Eliteuniversitäten. Bildung wird zur Ware. Die EU unterwirft die Bildung in Schritten den neoliberalen Wirtschaftsinteressen. Wir brauchen ein emanzipatorisches öffentliches Bildungswesen, das bedeutet auch die Rücknahme der Studiengebühren und der Selektionsmaßnahmen, die sozial Schwache treffen.

*Unterschriftenliste für den freien Hochschulzugang auf [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)*

**Renate Vodnek**

(Werkstatt Frieden & Solidarität, Wien)



### Frauen - Wehren wir uns!

Der Bildungs- und Sozialabbau der letzten Jahre hat sich auf die Lebenslage von Frauen besonders negativ ausgewirkt: Sie werden wieder vermehrt aus dem Bildungsbereich verdrängt und in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Gleichzeitig wird aufgerüstet. Eine Eurofighter-Flugstunde verschlingt die durchschnittliche Jahrespension einer Frau. Um Veränderungen herbeizuführen ist kräftiger Widerstand aller Betroffenen nötig.

**Ulrike Koushan**

(Werkstatt Frieden & Solidarität, Salzburg)



### Aktiv neutral!

Um einen Krieg gegen den Iran zu verhindern, muss Österreich eine von den EU-Großmächten unabhängige, aktive Friedens- und Neutralitätspolitik betreiben: für die Abrüstung der EU, insbesondere der französischen und britischen Atomwaffen, für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten. Um friedenspolitisch glaubwürdig zu sein, muss Österreich sofort aus EURATOM und den EU-Schlachtgruppen austreten.

*Unterschriftenliste gegen den drohenden Iran-Krieg auf [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)*

### Operation am Herzen

„Die Neutralität ist tief im Herzen der Österreicher. Man muss behutsam sein und darf das nicht herausreißen. Es ist besser, eine Operation vorzubereiten, um das vorsichtig heraus zu operieren“ (Militärminister Platter, Die Presse, 5.12.2003).

# EU = Europa der



## Streitkräfteziel 2010 - „Dimension Golfkrieg“

2004 haben die EU-Staatschefs das sog. „Streitkräfteziel 2010“ (Headline-Goal) beschlossen. Inhalt: Erreichung der globalen „netzwerkszentrierten Kriegsfähigkeit“ bis zum Jahr 2010, d. h. Durchführung von Militärschlägen der Streitkräfte zur See, in der Luft und auf dem Boden unter Einbeziehung des Weltraums mit Hilfe des Satellitennavigationssystems „Galileo“. In einem von den EU-Staatschefs in Auftrag gegebenen Strategiepapier („European Defence Paper“) wird als Ziel der „freie Fluss von Rohstoffen“ genannt. Die EU soll zu Kriegen in der Dimension des „Golfkrieges von 1991“ in der Lage sein. Bei diesem Krieg wurden 300.000 IrakerInnen getötet.

## Schlachtgruppen - Schnelle Kavallerie der High-Tech-Kriege

Die EU-Schlachtgruppen (orig. „Battle-Groups“) sollen ab 2007 voll einsatzfähig sein. Diese 13 Schlachtgruppen zu je 1.500 Mann sind die Speerspitze der EU-Interventionstruppe, die insgesamt - einschließlich Bereitschaftstruppen - bis zu 200.000 Mann/Frau umfassen soll. Die Battle-Groups sind „eine Art schneller Kavallerie der modernen High-Tech-Kriege“, denn ihr Einsatz soll innerhalb von 10 Tagen in die rohstoffreichen Gebiete Nord- und Zentralafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens bis hin zum Kaukasus erfolgen können. Die Battle-Groups werden für Dschungel-, Wüsten-, Hochgebirgseinsätze sowie den Häuserkampf im Stadtgebiet ausgebildet.



## EU-Verteidigungsagentur - Halbjährlicher Rüstungscheck

Aufgabe der 2004 gegründeten EU-Verteidigungsagentur (ursprüngl. EU-Rüstungsagentur) ist es, dafür zu sorgen, dass die EU-Staaten den sog. „European Capability Action Plan“ umsetzen. Das ist ein 64 Rüstungsprojekte umfassender Hochrüstungsplan, der alle Waffengattungen umfasst, die für Angriffskriege à la Irak oder Afghanistan erforderlich sind. Zwei Mal im Jahr müssen sich die EU-Staaten einer Kontrolle durch die Verteidigungsagentur unterziehen. Der Motor der EU-Rüstungsindustrie läuft entsprechend rund. Der größte kontinentaleuropäische Rüstungskonzern EADS verzeichnete im Zeitraum 2002 bis 2005 ein Wachstum der Rüstungsaufträge um 366 %.

## SSZ - Militärischer Führungszirkel für die EU

Nachdem die EU-Verfassung bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist, haben Merkel und Schüssel angekündigt, diese wiederbeleben zu wollen. Insbesondere die militärischen Bestandteile der Verfassung sollen „gerettet“ werden, so z. B. die sog. „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ). Die SSZ bedeutet die Schaffung eines militärischen „Kerneuropas“, das jene Staaten umfasst, die „über anspruchsvollere militärische Fähigkeiten“ (EU-Verfassung) verfügen. Damit soll ein innerer Führungszirkel der EU entstehen, in den nur eintreten kann, wer zur entsprechenden Aufrüstung und zu Kriegseinsätzen bereit ist.



## Massenvernichtung - „Mini-Nukes“ und EU-Atomkommando

Frankreich gibt jährlich 3,5 Mrd. Euro zur Modernisierung seiner strategischen und taktischen Atomwaffen aus. Bis 2010 sollen sog. „Mini-Nukes“, d. h. Atomwaffen mit der Sprengkraft eines Drittels der Hiroshimabombe, zum Einsatz gegen tief verbunkerte Ziele bereitstehen. Präsident Chirac drohte im Jänner 2006 bereits mit dem nuklearen Erstschlag „zur Garantie unserer strategischen Versorgung“. Großbritannien will bis 2007 seine Ausgaben für Atomwaffen von derzeit 450 Mio. auf 2,2 Mrd. Euro nahezu vervierfachen. Die deutschen Machthaber wollen den Zugriff auf Atomwaffen über ein EU-Oberkommando erreichen („Europäisierung der Atomwaffen“).

# Konzerne & Generäle

## Lissabon-Ziel 2010 - Rentenalter rauf, Löhne runter

Im Grundlagenvertrag der EU ist die Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf eine „*Wirtschaftspolitik der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb*“ verankert. Entsprechend neoliberal ist die Ausrichtung des sog. „Lissabon-Ziels 2010“, auf das sich die EU-Staatschefs geeinigt haben:

- Liberalisierung der Gas-, Strom-, Post-, Eisenbahn- und Beförderungsmärkte, wodurch ein enormer Privatisierungsdruck auf die öffentlichen Dienste ausgeübt wird
- Anhebung des Renteneintrittsalters um 5 Jahre, Förderung privater Pensionsfonds
- Deregulierung von Arbeitsverträgen und Arbeitszeit, Auflösung von Kollektivverträgen

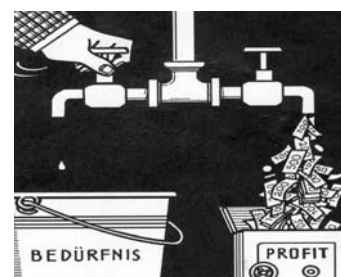


## Dienstleistungsrichtlinie - Sozial- und Qualitätsdumping

Über die Dienstleistungsrichtlinie (früher „Bolkesteinrichtlinie“) soll der „freie Markt“ bei Dienstleistungen vorangetrieben werden. Auch wenn auf Grund der Proteste der ursprüngliche Entwurf entschärft wurde, so droht damit weiteres Sozial- und Qualitätsdumping. So dürfen z. B. beim derzeitigen Entwurf aus Gründen der Sozialpolitik, des Arbeitsmarktes oder des Verbraucherschutzes den Dienstleistungserbringern keine Auflagen im Zielland auferlegt werden. Das Recht auf „unternehmerische Tätigkeit“ wird mit dem Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit auf gleiche Stufe gestellt.

## Wasser - EU-Kommission drängt auf Privatisierung

Die EU-Kommission ist die aggressivste Verfechterin der Interessen der großen privaten Wasserkonzerne aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien. So fordert die EU in den WTO-Verhandlungen von 72 Ländern die Öffnung der Wassermärkte für EU-Konzerne und sieht die Liberalisierung der Wasserwirtschaft auch als Bestandteil des „Lissabon-Ziels 2010“. Die Spruchpraxis des EuGH, die die Möglichkeiten der Gemeinden zur Vergabe kommunaler Dienstleistungen an gemeindeeigene Betriebe immer weiter einschränkt, ebnet auch der Privatisierung der Wasserwirtschaft den Boden. Bereits ein Drittel der Wasserwirtschaft in der EU ist - mit tw. katastrophalen Folgen - privatisiert worden.



## Arbeitszeitrichtlinie - Auf dem Weg zur 65-Stunden-Woche?

Die EU-Kommission drängt auf eine neue Arbeitszeitrichtlinie, die im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft beschlossen werden soll. Ziel dieser Richtlinie ist es, den Durchrechnungszeitraum - auch ohne Kollektivvertrag - von vier Monaten auf ein Jahr auszudehnen. Die zulässige Wochenarbeitszeit soll bis zu 65 Stunden dauern können. Bereitschaftszeiten sollen nicht mehr als Teil der Arbeitszeit gewertet werden. Die derzeitige Arbeitszeitrichtlinie sieht eine Obergrenze für die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden vor, die aber durch Individualvereinbarungen überschritten werden darf.

## EURATOM - Renaissance der Atomenergie

Der EURATOM-Vertrag, ein Grundlagen-Vertrag der EU, hat das Ziel der „*Förderung einer mächtigen Kernenergie*“. Die EU-Kommission drängt - gemeinsam mit den großen Atomkonzernen wie Framatome und Siemens - darauf, eine Renaissance der Atomenergie durchzusetzen. Das EURATOM-Kreditvolumen soll von 4 auf 6 Milliarden Euro aufgestockt werden. Damit wird die Atomwirtschaft vor allem in Osteuropa gefördert.

Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm 2007 bis 2013 werden die Gelder für Atomforschung mehr als verdoppelt.



PETITION

# Für den Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum!

In Vorbereitung der Totalliberalisierung des Postmarktes durch die EU soll die Österreichische Post AG über die Börse privatisiert werden. In den letzten Jahren wurde die Post auf die Privatisierung zurechtgerichtet. Die Konsequenz: im Zeitraum 2000 - 2005 ist die Zahl der Beschäftigten um 20 % gesunken, die Zahl der Postämter wurde fast halbiert, die Tarife sind zum Teil kräftig gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Gewinne vervielfacht. Liberalisierung und Privatisierung sind zwei Seiten einer Medaille. Wir lehnen die Liberalisierung des Postmarktes und die Privatisierung der Post ab, weil diese Entwicklung offenkundig zu Lasten der Beschäftigten und der KundInnen der Post geht. Insbesondere die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung wird immer mehr in Frage gestellt.



Wir fordern daher:

- **Erhalt der Post im öffentlichen Eigentum**
- **Keine Umsetzung der EU-Richtlinien zur Liberalisierung des Postmarktes**
- **Stopp dem Beschäftigtenabbau und der Schließung von Postämtern - Sicherung einer hochwertigen flächendeckenden Versorgung mit Postdienstleistungen**

Name	Adresse	Geb.Dat.	Dat. der Unterschrift	Unterschrift

Bitte zurückschicken an: Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstraße 15b, A-4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at. Hier können auch neue Listen bestellt werden. Petitionslisten können auch von der Web-Page [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at) heruntergeladen werden.

**Rudi Schober**  
(Werkstatt Frieden & Solidarität, Ottensheim)



### Öffentliche Daseinsvorsorge in Verfassungsrang!

Entstaatlichung ist beinharte Vermögensumverteilung nach oben samt Entzug von gestaltungsrelevanter Infrastruktur. Das sollte uns motivieren, ein klares und mächtiges Nein dazu zu formulieren. Unsere Losung lautet: Die gesamte Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum - und das muss in Verfassungsrang gestellt werden!



## guernica

Zeitung für Frieden & Solidarität, Neutralität und EU-Opposition

Ein kostenloses Probeexemplar kann angefordert werden bei:

Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15b, A-4020 Linz  
Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail office@werkstatt.or.at

[www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

guernica abonnieren - für den Frieden engagieren!

die grüne  
bildungs-  
werkstatt  
wien



Die Grünen Bildungswerkstatt-Wien lädt herzlich ein zu einem

**Vortrag von Frigga Haug**

**Thema: Feministische Kapitalismuskritik**

**Wann: 31. März 2006, Beginn 19:30 Uhr**

**Wo: Depot, 1070, Breite Gasse 3**

Um Anmeldung wird gebeten an:  
oswald.kuppelwieser@gbw-wien.at, Tel. 526 91 12

bezahlte Anzeige



Aufruf der Werkstatt Frieden & Solidarität

# Nein zum Europa der Konzerne und Generäle! Für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich!

Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Die ungerechte Verteilung von Reichtum und Macht führt zu Aufrüstung, Krieg und Entdemokratisierung. Die EU-Mitgliedschaft ist der entscheidende Hebel zur Durchsetzung dieser Politik in Österreich. 11 Jahre ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Die Fortsetzung der derzeitigen EU-Integration gefährdet den sozialen Zusammenhalt und den Frieden. Sie führt zu einem weitgehenden Verlust der Selbständigkeit der Republik in vielen für ihre BewohnerInnen lebenswichtigen Fragen. Die Demokratie wird auf der Ebene der Republik angeblich zugunsten der Unionsebene ausgehöhlt, kann aber dort nicht eingelöst werden. Die tatsächliche Macht wandert zunehmend zu den großen Staaten, im österreichischen Fall insbesondere nach Deutschland. Die österreichische Ratspräsidentschaft darf nicht der Selbstbeweihräucherung einer selbstgefälligen PolitikerInnenkaste dienen. Wir brauchen eine nüchterne Bilanz, die auch vor der Frage nach der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht zurückschreckt. Als Sofortmaßnahmen fordern wir:

- Sofortiger Austritt aus der EU-Rüstungsagentur - keine Beteiligung an europäischen Rüstungsprogrammen - Storno des Eurofighterkaufs!*
- Stopp der Beteiligung an den EU-Schlachtgruppen und an der EU-Armee - keine Anbindung an die NATO!*
- Keine Verschönerung österreichischen Eigentums - keine Umsetzung der Liberalisierungsrichtlinie bei Post- und Bahndiensten!*
- Stopp der Dienstleistungsrichtlinie - keine Einführung des Herkunftslandprinzips!*
- Keine Umsetzung der Lissabonstrategie - Stopp dem Kahlschlag bei Pensionen und Sozialleistungen!*
- Keine Umsetzung des EuGH-Urteils zur Abschaffung des offenen Hochschulzugangs in Österreich!*
- Keine Umsetzung des EuGH-Urteils zur Erzwingung des Anbaus gentechnisch veränderter Kulturpflanzen!*
- Keine Umsetzung des EuGH-Urteils zur Erzwingung von Transitschneisen zu Lasten der Bevölkerung!*
- Sofortiger Austritt aus EURATOM!*
- Schluss mit der unmenschlichen europäischen Flüchtlingspolitik!*
- Zurücknahme der Ratifizierung der EU-Verfassung durch den Nationalrat!*
- Keine Beteiligung an den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran!*

Die Unterordnung unter die derzeitige EU-Integration verunmöglicht die Umsetzung dieser Forderungen. Unser Ziel, ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich, müssen wir deshalb in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.

bezahlte Anzeige

# N ICHTS VERÄND ERT SICH VON SELBST

**EIN INFORMIERTER BLICK** auf die Zustände ist die Voraussetzung für neue Ideen. Die Lage am Arbeitsmarkt ist prekär, aber es gibt Antworten darauf. Infos und Mitmachen auf [www.auge.or.at](http://www.auge.or.at) und don Link zu Oberösterreich aktivieren.



**AUGELb**  
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen / UG Oberösterreich  
Internet: [www.auge.or.at](http://www.auge.or.at)

bezahlte Anzeige

Für neue Gemeindewohnungen in den alten Kasernen der Stadt.

Graz braucht mehr Gemeindewohnungen. Packen wir's an!



**ELKE KAHR** KPO

## Gemeindewohnungen auf Kasernengrund

Der Bedarf an erschwinglichen Gemeindewohnungen steigt. Immer mehr Menschen können sich die steigenden Kosten auf dem privaten Wohnungsmarkt nicht mehr leisten. Grundvoraussetzung für den Bau von Gemeindewohnungen sind aber gewidmete Baugründe. Die KPÖ Graz wendet sich mit einer Petition an den Nationalrat, die auf eine günstige Überlassung der ehemaligen Kasernengründe zum Zweck des sozialen Wohnbaus abzielt.



[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)



So, 5. März  
Innsbruck: Demonstration gegen das EU-Kriegsministertreffen  
14 Uhr, Landhausplatz  
(www.kriegsgipfel.oeh.cc)

Sa, 11. März  
Salzburg: Demonstration gegen das EU-Außenministertreffen  
15 Uhr, Bahnhofsvorplatz  
(www.netzwerkeukritik.at)

Do, 16. März  
Wien: Bildungsbetroffenengipfel anlässlich des  
EU-Bildungsministertreffens, 11 bis 16 Uhr, Josefsplatz

Fr, 17. März  
Linz: Protestmarsch „Nein zur Privatisierung der Post,  
Schluss mit der Demontage der öffentlichen Dienste!“,  
Landstraße

Sa, 8. April  
Wien: Aktionen gegen das EU-Finanzministertreffen

Fr, 21. April  
Graz: Kundgebung gegen den EU-Wettbewerbsgipfel

Sa, 6. Mai  
Bundesweiter Aktionstag „Nein zum Europa der Konzerne  
und Generäle - Für ein neutrales, solidarisches und  
weltoffenes Österreich!“

Mi, 10. bis Sa, 13. Mai  
Wien: Alternativengipfel Lateinamerika/Karibik und Europa  
(www.alternativas.at)

Aktualisierte Informationen auf [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

## Aktiv werden mit der Werkstatt Frieden & Solidarität!

Die Werkstatt Frieden & Solidarität ist ein überparteilicher gemeinnütziger Verein. Wir sehen, dass Sozialabbau und Aufrüstung, Neoliberalismus und Militarisierung, Umwelterstörung und Kriege zwei Seiten einer Medaille sind.

Aber auch soziale Sicherheit und Abrüstung, Neutralität und öffentliches Eigentum, ökologische Energiepolitik und friedliche Konfliktlösungen sind zwei Seiten einer Medaille. Das Streiten für ein neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich ist für uns ein konkreter und realistischer Schritt in diese Richtung. Dies müssen wir im Widerstand gegen das politische und wirtschaftliche Establishment durchsetzen, das sich der Einbindung Österreichs in eine waffenstarrere, neoliberal ausgerichtete Supermacht EU verschrieben hat. Wir laden alle, die dabei mitarbeiten wollen, recht herzlich ein, Mitglied der Werkstatt und mit uns aktiv zu werden.

Wir im Widerstand gegen das politische und wirtschaftliche Establishment durchsetzen, das sich der Einbindung Österreichs in eine waffenstarrere, neoliberal ausgerichtete Supermacht EU verschrieben hat. Wir laden alle, die dabei mitarbeiten wollen, recht herzlich ein, Mitglied der Werkstatt und mit uns aktiv zu werden.

### Kontakt zur Werkstatt Frieden & Solidarität

Linz  
Waltherstr. 15b, A-4020 Linz  
Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91  
E-Mail [office@werkstatt.or.at](mailto:office@werkstatt.or.at)

Wien  
Rosensteingasse 69/6, A-1170 Wien  
E-Mail [wien@werkstatt.or.at](mailto:wien@werkstatt.or.at)

Salzburg  
E-Mail [salzburg@werkstatt.or.at](mailto:salzburg@werkstatt.or.at)

*Unsere Arbeit hängt auch von Ihrer  
finanziellen Unterstützung ab:  
Kt.Nr. 6274146, BLZ 34777  
Vielen Dank!*



## Ja, ich will

- ..... Expl. dieser WERKSTATT-InfoZeitung (à EUR 0,10; ab 500 Expl. à EUR 0,05)
- ein kostenloses Probeexemplar der *guernica* - Zeitung für Frieden & Solidarität, Neutralität und EU-Opposition
- ein Jahresabo (10 Nummern) der *guernica* (mind. EUR 9,-)
- ein Schnupperabo (5 Nummern) der *guernica* (mind. EUR 5,-)
- ..... Expl. des Buches „Auf dem Weg zur Supermacht - Die Militarisierung der EU“ (EUR 9,90; ab 5 Expl. EUR 8,-/Stk.)
- ..... Expl. der Broschüre „Auf dem Weg zur EU-Militärprovinz - Die Militarisierung Österreichs“ (EUR 2,-; ab 5 Expl. EUR 1,50/Stk.)
- ..... Petitionslisten gegen die Post-Privatisierung
- ..... Unterschriftenlisten für den freien Hochschulzugang
- ..... Unterschriftenlisten „Neutralität und aktive Friedenspolitik statt Kumpanei bei der Kriegsvorbereitung gegen den Iran“
- Mitglied der Werkstatt Frieden & Solidarität werden (mind. EUR 25,-; inkl. ein Jahresabo der *guernica*)
- für die Werkstatt Frieden & Solidarität aktiv werden. Nehmt Kontakt mit mir auf!

Name.....

Adresse.....

E-Mail..... Tel.....

Bitte zurückschicken an: Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15b, A-4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91

E-Mail [office@werkstatt.or.at](mailto:office@werkstatt.or.at), Internet [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at)

**Impressum:** *guernica* A/2006 (OO FriedensInfo Nr. 142a); Medieninhaberin (Verlegerin) & Herausgeberin & Redaktion: Werkstatt Frieden & Solidarität (vormals Friedenswerkstatt Linz), Waltherstr. 15b, A-4020 Linz, Tel. (0732) 77 10 94, Fax (0732) 79 73 91, E-Mail [office@werkstatt.or.at](mailto:office@werkstatt.or.at), Internet [www.werkstatt.or.at](http://www.werkstatt.or.at); Hersteller: OÖN Druckzentrum, Pasching; Zulassungsnummer: GZ 02Z030305 M; Erscheinungsort: A-4020 Linz; Verlagspostamt: A-4020 Linz, P.b.b.; Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Die Medieninhaberin (Verlegerin) ist zu 100% Eigentümerin der *guernica*. Grundlegende Richtung: Aktionsprogramm der Werkstatt Frieden & Solidarität

